Offenes Blatt

Informationen und Meinungen aus dem Kreisverband DIE LINKE. Schwerin

September 2019



Es ist Fünf vor Zwölf!

Die Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen waren für meine Partei ein Desaster. Ein politisches „Weiter so“ darf es deshalb nicht geben. Wir können nicht zur Tagesordnung übergehen. Wir müssen in die Partei hören, die Erfahrungen aus den Wahlkämpfen einbeziehen. Dafür müssen unsere Landes- und Kommunalpolitiker bei uns Gehör finden, ihre Erfahrungen sollten wir aufgreifen. Mit Blick auf die kommende Bundestagswahl müssen wir Grundfragen der strategischen und inhaltlichen Ausrichtung diskutieren und teilweise neu beantworten. Nur so schaffen wir es gemeinsam zurück in die Erfolgsspur. Dass dies möglich ist, beweist nicht nur Bremen, wo wir jetzt erstmals in einem westdeutschen Bundesland mitregieren.

Es ist fünf vor zwölf für meine Partei. Wir haben einige Dinge zu klären. Ich plädiere dafür, unseren planmäßigen Parteitag zeitnah nach den Bürgerschaftswahlen in Hamburg und den Kommunalwahlen in Bayern durchzuführen, um danach genügend Zeit zur Vorbereitung der Bundestagswahl zu haben.



Zunächst aber müssen wir gründlich in die Analyse unserer Niederlagen gehen. Daraus sollten wir dann strategische und inhaltliche Konsequenzen ziehen. Auf dieser Grundlage kann der nächste Parteitag die notwendigen Entscheidungen treffen. Wir müssen und werden aber jetzt gemeinsam all unsere Energie dafür aufwenden, dass Bodo Ramelow Ministerpräsident bleibt. Das ist zentral für uns alle, vor allem aber für Thüringen.

Eines ist für mich klar: DIE LINKE muss die Partei für die ganz normalen Leute im Land sein. Denen müssen wir ein Angebot machen, das attraktiv ist. Dass uns dies weder bei der Europa- noch bei den Landtagswahlen am Sonntag gelungen ist, ist offensichtlich. Wir haben Vertrauen verspielt. DIE LINKE hat sich gegründet, um Politik für die Mehrheit der Menschen zu machen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Arbeitslose, Rentnerinnen und Rentner, die ländliche Bevölkerung, für eine glückliche Zukunft aller Kinder. Für die Normalos, die jeden Tag zur Arbeit pendeln. Die Rentner, die mit ihren knappen Renten auskommen müssen. Für diejenigen ohne Arbeit, die auf der Suche nach einer Perspektive sind. Für die vielen Mieterinnen und Mieter, die unter dem Mietenwucher leiden. Für diejenigen, die unzufrieden sind und von der herrschenden Politik im Stich gelassen werden. Ob wir das selbst so sehen oder nicht: Viele Wählerinnen und Wähler sind der Meinung, wir haben uns von ihnen politisch und kulturell entfernt. Aber genau für diese Menschen werden wir gebraucht. Eine solche Politik ist weder spießig noch bieder, sondern dringend notwendig.

Dietmar Bartsch

Soziale Ungleichheit ist ein Hemmnis für gesellschaftliche Entwicklung

Der Wandel unserer Gesellschaft ist rasant. IT, Logistik und künstliche Intelligenz- alles entwickelt sich in hohem Tempo. Auch die Schule beginnt sich gerade neu zu erfinden. Doch diesen Wandel müssen wir als Gesellschaft, wir als LINKE, aktiv mitgestalten. Wenn wir die Veränderungen allein dem Markt und den großen Konzernen überlassen, bleiben Regionen weiter abgehängt und der Mensch wird zum Anhängsel von Profitinteressen degradiert. Die Jahre der Privatisierung haben ihre Spuren hinterlassen - in unseren Familien, in den Städten und Gemeinden und in der Umwelt. Soziale Ungleichheit ist ein Hemmnis für gesellschaftliche Entwicklung.

Die letzten Wahlen in Brandenburg und Sachsen haben gezeigt, dass immer mehr Menschen den rechten Flügel der Gesellschaft



wählen. Da fühlen sie sich verstanden, aufgehoben... da tut man was für sie. Das das nicht so ist, wissen wir. Die Mitte unserer Gesellschaft wählt als Protest die AfD. Haben wir als LINKE die Mitte nicht mitgenommen? Sind wir wirklich „nur“ die Kümmerer-Partei???
Ich denke davon müssen und sollten wir uns verabschieden. Wir wollen eine andere Gesellschaftsform. Eine Gesellschaft, die nicht von Profitstreben und Ausbeutung dominiert wird, sondern von Solidarität und Gemeinsinn, grundlegende Daseinsfürsorge wie Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Energien o.ä. wieder in öffentlichen Besitz gelangt. Eine Gesellschaft, in der kein Mensch in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können.

Wir Menschen stehen nicht nur am Spielfeldrand, im Gegenteil - wir sind mittendrin und gestalten mit.

Karin Müller
Kreisvorsitzende

Impressum

„Offenes Blatt“ wird herausgegeben vom Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Schwerin.

Anschrift der Redaktion:

Martinstraße 1/1A,
19053 Schwerin,
Tel.: 0385/7587454,
E-Mail: info@die-linke-schwerin.de
Internet: www. die-linke-schwerin.de

Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen oder in einer späteren Ausgabe zu veröffentlichen.

V.i.S.d.P.: Marco Rauch
Nächste Ausgabe:
1. November 2019

Landesregierung muss Kultur in der Hauptstadt stärker fördern

„Seit 2014 steht das Schweriner Residenzensemble auf der deutschen Kandidatenliste für den UNESCO-Welterbe-Titel. Angesichts der durch die Landeshauptstadt zu bedienenden Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit („Liquiditätskredite“) in Höhe von ca. 160 Mio. Euro und der anhaltenden Haushaltskonsolidierung, ist eine zukunftsfähige Ausgestaltung der hiesigen Kunst- und Kulturlandschaft mit notwendigen Finanzmitteln jedoch schwierig.
Zweifellos ist dies aber eine politische Querschnittsaufgabe ersten Ranges. Hier muss der sprichwörtliche Ruck auch durch die Landesregierung gehen. Es kann nicht sein, dass die Kultureinrichtungen der Landeshauptstadt seit Jahren strukturell unterfinanziert sind und z.B. die engagierten Organisator*innen der Schweriner Literaturtage (vom 16.10. bis 15.11.2019) ein monatsfüllendes, ambitioniertes Programm für alle Schweriner*innen für die Summe von lediglich 8.000 Euro Zusatzförderung auf die Beine stellen müssen. Man wird den Eindruck nicht los, dass sich die Landesregierung auf der einen Seite gern im Lichte des angestrebten Welterbe-Titels sonnen möchte, auf der anderen Seite aber seine Landeshauptstadt am ausgestreckten Arm verhungern lässt.
Wenn die Bewerbung um den UNESCO-Welterbe-Titel für Schwerin erfolgreich und nachhaltig sein soll, dann müssen Land und Stadt auch neue Investitionen in die Schweriner Kultur tätigen.“ erklärt Dr. Daniel Trepsdorf, Stadtvertreter für die Fraktion Die PARTEI.DIE LINKE.



Hintergrund:
In der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Kultur, Gesundheit und Bürgerservice haben die im Stadtparlament vertretenen Parteien erneut intensiv über die Ausrichtung der UNESCO-Welterbe-Bewerbung diskutiert. Es geht den beteiligten Stadtvertreter*innen darum, eine engagierte Welterbe-Bewerbung, die von der Mehrheit der Schweriner*innen unterstützt wird, durch ansprechende wie überzeugende Kulturveranstaltungen in die Mitte der Stadtgesellschaft zu tragen. Die Bürger*innen sollen sich einbringen und mitgestalten können, damit die Bewerbung ein nachhaltiger Erfolg wird. Nichtsdestoweniger bringt der angestrebte Titel auch ein hohes Maß an finanzieller Investitionsverantwortung und -bereitschaft für Kommune und Land mit sich.

Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit muss dringend besprochen werden

Dazu erklärt Henning Foerster, Fraktionsvorsitzender Die PARTEI.DIE LINKE.:
„Die Stadtvertretung hat bereits in der letzten Wahlperiode deutlich gemacht, dass die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit durch das Land weder zeitgemäß noch ausreichend ist. Nun soll diese im Rahmen der Beratungen zum nächsten Doppelhaushalt zwar ein wenig angehoben, gleichzeitig aber die maßgebliche Alterskohorte verändert werden.



Mehr Geld für die Kinder- und Jugendarbeit in Schwerin ist somit nicht zu erwarten. Das Vorhaben der Landesregierung wurde jüngst auf dem 4. Kinder- und Jugendhilfekongress in Rostock von Fachleuten massiv kritisiert. Nicht nur die allgemeine Kostenentwicklung, sondern auch die gewachsenen Hilfebedarfe haben in den letzten zwanzig Jahren zu massiven Ausgabensteigerungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe geführt. Der Landesjugendring hat aus diesem Grund die Aktion „Gib mir fünf“ initiiert. Meine Fraktion wird daher einen Dringlichkeitsantrag zur nächsten Sitzung der Stadtvertretung einbringen. Diese Woche laufen die Haushaltsberatungen auf Landesebene an. Neben den Protesten der mit der Umsetzung betrauten Praktiker braucht es offenbar weiter den Druck der kommunalen Ebene, um im Beratungsverlauf auf Landesebene noch dringend notwendige Verbesserungen zu erreichen.“

Hintergrund:
Die Landesmittel für die Kommunen (Kommunalverträge) sind seit 1998 nicht erhöht worden und sanken, da an der jeweilig aktuellen Zahl der 10- bis 26-Jährigen bemessen. Leichte Anhebungen der Mittel haben bislang keine nennenswerte Verbesserung gebracht. Die geplanten 1,32 Euro würdigen weder die Leistungen der Beschäftigten in der Kinder- und Jugendhilfe noch das Engagement der Landeshauptstadt in angemessener Weise. Die darüber hinaus geplante Verschiebung der förderfähigen Alterskohorte widerspricht dem gesetzlichen Auftrag und führt in Schwerin zu einer Absenkung der Zahl der förderfähigen Jugendlichen. So betrug die Zahl der 10-26-jährigen Kinder- und Jugendlichen laut Statistischem Landesamt M-V zum Stichtag 31.12.2018 in Schwerin 13.405. Die Zahl der 6-bis 21-Jährigen dagegen 12.524. Darüber hinaus gäbe es künftig für die 4.254 Jugendliche im Alter von 21-26 Jahren keine Förderung mehr.

Noch keine dauerhafte Lösung für den Fernsehturm in Sicht

Zur Antwort der Verwaltung auf die Anfrage Sachstand Fernsehturm Schwerin erklärt der Vorsitzende der Fraktion DIE PARTEI.DIELINKE Henning Foerster:
„Den Fernsehturm wieder für Einheimische und Touristen erlebbar zu machen, bewegt nach wie vor viele Menschen in unserer Stadt. Aufgrund von Nachfragen bei Vor - Ort Terminen habe ich mich daher kürzlich mit einer Anfrage an die Verwaltung gewandt. Die Antworten zeigen zweierlei Dinge. Erstens, das im Jahr 2021 anstehende Jubiläum soll bestmöglich vorbereitet werden. Für eine Ausstellung zur Geschichte des Turms werden interessante Objekte gesucht. Um diese einzusammeln, soll der Turm im Herbst für eine Woche öffnen. Das ist ausdrücklich zu begrüßen. Zweitens muss jedoch konstatiert werden, dass die Suche nach einem potentiellen Restaurant und/oder Café Betreiber weiterhin schwierig bleibt. Größte Hürde bleiben dabei offenbar Investitionen, die eine Senkung der Betriebskosten und somit eine wirtschaftliche Betreibung überhaupt erst ermöglichen.“



Eine für alle – auch Abgeordnete müssen in die Rente einzahlen



Zuerst am 16. August 2019 in der Ostsee-Zeitung als Gastbeitrag erschienen

Ich fordere, dass alle Abgeordneten in die gesetzliche Rente einzahlen. Es ist nicht akzeptabel, dass immer mehr Menschen von Altersarmut bedroht und wir Politiker durch ein Extra-System üppig versorgt sind – ohne eigene Beiträge zu leisten. Es wäre ein Zeichen für gesellschaftlichen Zusammenhalt, sollte der Bundestag eine solche Rentenbeitragspflicht für Abgeordnete beschließen.

Die Rente ist nicht sicher, zumindest gefühlt. Immer mehr Menschen haben Angst davor, dass es im Alter nicht reicht. Ziel muss es sein, die gesetzliche Rentenversicherung wieder in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben zu erfüllen: Die Rente muss den erarbeiteten Lebensstandard der Menschen im Alter sichern und sie muss zuverlässig vor Armut schützen. Dafür braucht es einen Systemwechsel. Wir wollen, dass nicht nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, sondern alle Menschen mit Erwerbseinkommen. Als einen Schritt hin zu einer Rentenkasse für alle, sollten Bundestagsabgeordnete vorangehen und Beiträge leisten.

Ohne eigene Beiträge erwerben Bundestagsabgeordnete bereits nach vier Jahren im Parlament einen höheren Anspruch als viele Rentner derzeit an gesetzlicher Rente monatlich erhalten. Mitglieder der Bundesregierung haben nach vier Jahren im Amt sogar einen Anspruch auf eine Altersversorgung von etwa 4500 Euro. Diese Privilegien für Politiker sind Welten vom Leistungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung entfernt.

Die Rentenbeitragspflicht für Abgeordnete wäre ein Schlüssel für den Systemwechsel. Danach müssen weitere Gruppen einbezogen werden: Regierungsmitglieder, Beamte, Selbständige, Freiberufler bis hin zu Spitzenmanagern – alle. Ein ausreichendes Auskommen im Alter ist eine Kernfrage sozialer Sicherheit. Dafür ist eine gerechte und stabile Finanzierungsbasis der Rente notwendig. Es geht nicht um eine Generationenfrage, sondern darum, wer zahlen muss und wer sich derzeit aus der Solidarität verabschieden kann. Das Beispiel Österreich zeigt, dass ein solches System, indem alle einzahlen, besser funktioniert und deutlich höhere Renten für die Mehrheit ermöglicht.

Wir werden im Bundestag beantragen, dass alle Abgeordnete in die gesetzliche Rente einzahlen. Die Rentenbeitragspflicht wäre nicht nur eine Rentenkürzungsbremse, weil Bundestagsabgeordnete ggf. selbst von Einschnitten betroffen wären. Die Rentenbeitragspflicht wäre letztlich ein dringend notwendiges Signal gegen den Vertrauensverlust der Bürger gegenüber der gesetzlichen Rente und gegenüber unserem politischen System insgesamt.

Dr. Dietmar Bartsch

Grundlegender Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik ist notwendig

„Noch immer arbeitet rund jeder fünfte Beschäftigte zu einem Niedriglohn. Eine Million Menschen müssen ihr Arbeitseinkommen mit ergänzenden Hartz-IV-Leistungen aufstocken und immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehen mehreren Jobs nach. Fast ein Drittel der Erwerbslosen ist langzeiterwerbslos. Seit Amtsantritt der Bundesregierung hat sich nichts an der Schieflage am Arbeitsmarkt geändert. Wir brauchen einen grundlegenden Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik“, erklärt Sabine Zimmermann, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zum aktuellen Monatsbericht der Bundesagentur für Arbeit. Zimmermann weiter:

„Von Arbeit muss man leben können. Dazu muss unter anderem der Mindestlohn auf zwölf Euro in der Stunde erhöht werden. Die Tarifbindung ist zu stärken und Minijobs sind in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu überführen. Wir brauchen einen starken öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit ausreichend existenzsichernden Stellen. Die soziale Absicherung bei Erwerbslosigkeit muss dringend verbessert werden. Mehr Menschen müssen Zugang zur Arbeitslosenversicherung bekommen. Hartz IV muss durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzt werden, die wirklich vor Armut schützt und Teilhabe ermöglicht.“

Sabine Zimmermann, 29. August 2019

Den Eisbären wird es bald nicht mehr geben

Bereits am 29.07 hat die Weltbevölkerung die für das gesamte Jahr 2019 zur Verfügung stehenden natürlichen Ressourcen aufgebraucht. Ab sofort bis zum Ende des Jahres verbrauchen die Menschen weltweit Ressourcen, die die Erde in den verbleibenden Monaten des Jahres nicht mehr erneuern kann. Der sogenannte Erdüberlastungstag rutscht von Jahr zu Jahr immer weiter nach vorn; noch vor einigen Jahren lag dieser Tag im letzten Quartal eines Jahres, noch vor einigen Jahrzehnten verbrauchte der Mensch weniger, als der Planet an natürlichen Ressourcen zur Verfügung stellte.



Helmut Scholz, handelspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Europäischen Parlament, erklärt dazu: „Dass der Erdüberlastungstag immer frühzeitiger erreicht wird, ist unserer Produktions- und Konsumtionsweise geschuldet, insbesondere der von Industrienationen wie Deutschland und vielen anderen EU-Mitgliedstaaten. Überfällig ist vor diesem Hintergrund der radikale sozial-ökologische Umbau des heute auf allen Kontinenten vorherrschende Finanz- und Wirtschaftssystems sowie die konsequente Ausrichtung der internationalen Handelspolitik auf die Erfüllung der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen entsprechend der vereinbarten Agenda 2030. Dazu gehört die konsequente Stärkung der gemeinschaftlichen, international verbindlichen Verantwortung für Überwindung von Armut, Schaffen von Klimagerechtigkeit sowie die Beendigung der Übernutzung unseres Ökosystems.“

Brennende Wälder nicht nur in Brandenburg, Portugal oder Griechenland, sondern gerade die flächenmäßig riesigen Brände in Alaska, Sibirien oder Grönland, der gesamten Region um den Nordpol, sowie auftauende Permafrostböden setzen Unmengen an Kohlenstoffdioxid (CO_2) frei, lassen die Temperaturen und somit den Meeresspiegel weiter steigen. Menetekel für die Erkenntnis, dass die Klimakrise uns alle auf allen Kontinenten betrifft.

„Durch unsere auf Konsum ausgelegte Lebensweise entziehen wir nicht nur uns selbst die Lebensgrundlage, sondern befördern die globale Erderwärmung noch weiter und schaden dem Ökosystem massiv. Ganze Tierarten wie beispielsweise den Eisbären wird es bald nicht mehr geben. Die vor Jahren von klugen Politiker*innen in Ecuador entwickelte Idee solidarischer Wirtschaftsbeziehungen zur Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung mit sozialem, umwelterhaltendem und menschenrechtsförderndem Anspruch durch die Nichtförderung von Erdöl in einem der artenreichsten Gebiete unseres Planeten (Yasuni-Amazonas ITT) scheiterte nach positivem Anfang an der neoliberalen internationalen Wirtschaftsrealität. Das bisher vom verhandelten EU-Mercosur-Assozierungs- und Handelsabkommen Bekannte spricht Bände: Die brutale Logik einer auf kurzfristige Vorteile generierenden Handels- und Wirtschaftskooperation wird fortgesetzt und die verbindlichen Durchsetzungsinstrumente für eine langfristig zu sichernde sozial-ökologisch nachhaltige Entwicklung negiert. Die gemeinsame Verantwortung der EU und der Regierungen der Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay für eine heute dringend notwendig zu vollziehende Veränderung unserer Wirtschaft unter demokratischer gesellschaftlicher Teilhabe aller von einer Übernutzung des globalen Ökosystems Betroffenen wird in wohlklingenden Formeln behauptet, aber erneut nicht real wahrgenommen“, erklärt Helmut Scholz.

„Der Erdüberlastungstag ist nachdenklich stimmender Anlass, die vorhandenen Vorschläge für eine alternative Handelspolitik aufzugreifen, weiterzuentwickeln, in bindendes EU-Recht zu übertragen und in den vorhandenen internationalen Gremien wie der Welthandelsorganisation WTO, der UNCTAD sowie anderen UN-Gremien zum Maßstab verantwortlichen Handelns zu machen.“

Helmut Scholz



Berichte, Analysen, Blick nach vorn

Unsere Landwirtschaftsprojekte gehen ihrem erfolgreichen Abschluss entgegen.
Ein herzliches Dankeschön an alle Spenderinnen und Spender.

Zum Jahresende 2019 erwarten wir aus Kuba die Abschlussberichte über unsere Landwirtschaftsprojekte in den Provinzen Guantánamo, Sancti Spíritus und Pinar del Río. Diese Berichte werden bestätigt durch das kubanische Ministerium für Landwirtschaft und das Ministerium für Außenhandel und ausländische Investitionen. Seit 1993 hat Cuba Sí dann insgesamt 15 Projekte in der kubanischen Landwirtschaft umgesetzt.
In den vergangenen fünf Jahren arbeiteten unsere kubanischen Partner in den unterstützten Betrieben und unsere Partnerorganisation ACPA gemeinsam mit Cuba Sí daran, die produktive Basis in Landwirtschaft und Viehzucht zu verbessern. Durch Reparatur und Neuanschaffung benötigter Geräte, Ausrüstungen und Fahrzeuge, durch die Einführung neuer Technologien, die Nutzung erneuerbarer Energien, die Diversifizierung der Produktion, das Schließen lokaler Kreisläufe und durch gezielte Weiterbildungen ist eine tragfähige Grundlage gelegt worden, auf der die Betriebe eigenständig und rentabel weiterarbeiten können. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Begünstigten und ihrer Familien sind nicht nur durch Sachspenden und betriebliche Anschaffungen kontinuierlich verbessert worden, mit der erhöhten Produktivität stiegen auch die Einnahmen der Betriebe, was sich positiv in der Lohntüte der Beschäftigten bemerkbar macht.



Für die Menschen in unseren Projektregionen ist es immer wieder emotional berührend, wenn sie von den vielen Spenderinnen und Spendern hören, die sich tausende Kilometer entfernt so sehr für ihr Land engagieren. Sie übermitteln allen Unterstützern von Cuba Sí ihren herzlichsten Dank.
In der Provinz Sancti Spíritus unterstützte Cuba Sí den Zuchtbetrieb Managuaco dabei, den Reproduktionszyklus von Milchkühen und Rindern zu schließen. Die Anbaufläche für Grünfutter wurde erhöht, und die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Provinzstelle des Ministeriums für Forschung, Technologie und Umwelt, dem Institut für Futter- und Weidewirtschaft sowie der Agrarfakultät der Universität Sancti Spíritus ermöglichte die Verbesserung der Futterqualität und eine stärker präventive Betreuung des Herdenbestandes. Die effektivere Kälberaufzucht und die neue Stierzuchtanlage tragen zur Verjüngung des Herdenbestandes bei. Die Fleischerei im Projekt versorgt die Bevölkerung mit Fleisch und Wurst zu günstigen Preisen. Zudem ist sie eine wichtige Einnahmequelle durch den Verkauf von Fleischerzeugnissen an den Tourismussektor. Dies sichert künftige Investitionen für den Betrieb ab.
In der Provinz Guantánamo sind die Auswirkungen des Klimawandels, u. a. mit langen Trockenzeiten und einem ungewöhnlichen Regenzyklus, bereits spürbar.
Kuba reagiert darauf mit einer veränderten Strategie: Die Rinderzucht wird aufgrund ihrer Ressourcenintensität erheblich reduziert und stattdessen die Zucht von Schafen, Ziegen, Schweinen und Kaninchen ausgebaut. Dies betrifft auch unseren Projektteil in Imías. Darüber hinaus lag auch hier das Augenmerk auf einer diversifizierten Produktion von Lebensmitteln, einer Erweiterung der Futter- und Weideflächen und der Reparatur von Stallanlagen. Aufgrund der schwach entwickelten Infrastruktur in beiden Projektteilen bildete die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen einen wichtigen Schwerpunkt, dem Cuba Sí u. a. mit dem Bau und der Instandsetzung von Wohnhäusern für 30 Familien Rechnung trug. Jüngstes Beispiel für erleichtertes Leben und Arbeiten auf dem Land sind die 116 Fahrräder, die Cuba Sí Ende Mai 2019 in einem Container in die Projektregion schickte.
Im Projekt Pinar del Río lag der Schwerpunkt in der Steigerung der Milchproduktion. Dies gelang jedoch in bescheidenerem Umfang als geplant:
Überschwemmungen infolge starker Regenfälle verursachten sowohl in der Futterversorgung für die Nutztiere als auch in den Obst- und Gemüsepflanzungen Ausfälle und beeinträchtigten zudem die Reproduktionsrate der Rinder. Dank umfangreicherer künstlicher Besamung kann dieser Rückschlag kompensiert werden. Länger dauert es, bis die in Mitleidenschaft gezogenen Anbauflächen wieder höhere Erträge bringen.
Flankiert wurden die Cuba Sí-Projekte stets von nationalen Entwicklungsvorhaben (z. B. zur integralen Entwicklung der

Viehzucht oder für den Ausbau der urbanen Landwirtschaft) sowie Aktionsplänen (z. B. dem Programm „Tarea Vida“, einem Maßnahmenkatalog für verbesserten Umwelt- und Ressourcenschutz und für die Anpassung an den Klimawandel). Diese Verzahnung mit landesweiten Strategien verstärkt einerseits die nachhaltige Wirkung unserer Projekte und unterstreicht andererseits ihre Bedeutung für die prioritären Ziele des Landes.
In der tropischen Landwirtschaft muss mit Rückschlägen aufgrund von Wetterphänomenen und Naturkatastrophen immer gerechnet werden. Innerhalb der Projektlaufzeit zerstörten u. a. die Hurrikans „Matthew“ (2016) und „Irma“ (2017) binnen Stunden die Arbeit von Monaten. Gerade deshalb ist auch weiterhin die Unterstützung und Solidarität der vielen Kubafreundinnen und -freunde nötig, um das Erreichte zu verteidigen, wiederaufzubauen und erfolgreich fortzusetzen.
Unsere gegenwärtigen Projekte neigen sich dem Ende zu. Dies markiert aber gleichzeitig auch einen Neubeginn: Viele Ideen stehen im Raum, um auch künftig Kuba beim Erreichen der Ernährungssicherheit zu unterstützen.
Deshalb wird im Herbst 2019 eine Cuba Sí-Delegation nach Kuba reisen. Mit all unseren Partnern im politischen und im landwirtschaftlichen Bereich wollen wir erörtern, welche Prioritäten wir in unserer künftigen Zusammenarbeit setzen, in welchem Umfang neue Projekte finanziell und zeitlich möglich sind, wie Multiplikatoreffekte genutzt und wie auf erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten aufgebaut werden kann. Die Delegation wird sich zudem darüber informieren, ob einige der Inkubator-Projekte der Universität Havanna und der Humboldt-Universität in unserer künftigen Projektarbeit Anwendung finden können.
Eine tragende Säule neben der ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Nachhaltigkeit werden auch weiterhin die Diversifizierung der Produktion, die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen, die Weiterbildung der Beschäftigten und der Einsatz erneuerbarer Energien bleiben. Damit entsprechen unsere Projekte den staatlichen Leitlinien zur Aktualisierung des Wirtschafts- und Sozialmodells und dem nationalen Plan der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung bis 2030.
Gerade angesichts der aktuellen Verschärfung der US-Blockade benötigt Kuba auch in Zukunft unsere politische und materielle Solidarität. Insofern ist es uns Verpflichtung, Kuba auch in Zukunft auf seinem eigenständigen und selbstbestimmten Weg nach Kräften zu unterstützen. Dafür benötigen wir Ihre Hilfe! Wir danken Ihnen für Ihr Vertrauen in unsere bisher geleistete Arbeit und freuen uns, wenn Sie auch künftig bei unseren gemeinsamen
Vorhaben an unserer Seite sind.

Miriam Näther

Generationswechsel im Ortsverband Nord

Am Montag den 26. August 2019 war es soweit, nach vielen Jahren sollte es einen Generationswechsel im Ortsverband geben.
Gleich am Anfang der regelmäßigen Sitzung sollte es zur neuen Wahl des Ortsverbandsvorstands kommen.
Und es gab einen neuen Bewerber!
Der 17-jährige Auszubildende Jan Ole Rieck hatte sich entschlossen als Vorsitzender zu kandidieren, neben ihm gab es noch 2 Kandidaturen für die Stellvertreter.
Tom Scheidung und Hans-Joachim Löffler stellten sich zur Wahl.
Nach kurzer Vorstellung der Kandidaten kam es zur Abstimmung. Der neue Ortverbandsvorstand wurde einstimmig gewählt.

Bedanken möchten wir uns beim bisherigen Vorstand für die geleistete Arbeit.
Dem neuen Vorstand wünschen wir alles Gute und ein glückliches Händchen!

Ortsverband Nord



Die AG Ökologische Plattform. DIE LINKE. Schwerin

Öko? Logisch!
Ein Kommentar von Carmen Ziegler und Madeline Cords
Dank Greta Thunberg ist der Klimawandel und seine Folgen in aller Munde. Windenergie, weniger Flugreisen, E-Roller, Plastikverbot – über viele Fragen wird derzeit diskutiert und das ist erstmal einfach super. Es muss dringend einiges verändert werden, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Im Einzelnen wird jedoch permanent ersichtlich, wie viele Baustellen es noch gibt und dass diese Baustellen wie so oft nur hasenfüßig angegangen werden.
Fahrradwege
In Schwerin ist es wie in vielen anderen Städten: erst wenn die Nutzungszahlen richtig hoch sind, wird langsam umgedacht. Wie will man Menschen für alternative Mobilitätskonzepte begeistern und die CO2 Emissionen senken, wenn sie Angst haben müssen sich den Hals zu brechen? Warum wird nicht schon seid 20 Jahren jede Straße so geplant und gebaut, dass Menschen sie in einer separaten Zone zu Fuß und mit dem Fahrrad nutzen können? Warum gibt es riesige Parkhäuser in der Innenstadt und nicht wie in anderen Städten Park-and Ride Plätze, um den Autoverkehr in der Innenstadt zu reduzieren und warum verläuft mitten auf dem zentralen Einkaufsort der Stadt, dem Marienplatz, die Hauptverkehrsachse?
Fahrradwege und alternative Mobilitätskonzepte sollten stadtplanerisch mindestens gleichauf mit der Planung von Fahrzeug-Verkehrswege behandelt werden, nicht nur um die Attraktivität und Zukunftsfähigkeit der Stadt zu erhöhen sondern ebenso um die CO2 Emissionen zu senken.
„Plastik“
Allgegenwärtig sind ebenso Kunststoffe. Ob in Verpackungen oder sämtlichen anderen Materialien haben sie seit dem letzten Jahrhundert ihren Siegeszug in unseren Alltag gehalten. Obwohl inzwischen sogar Mikropartikel in der Arktis nachweisbar sind, gestaltet sich die Suche nach Alternativen wie besonders die Umsetzung mehr als mangelhaft. Am Beispiel von Kalifornien, das die Nutzung von Plastiktüten im Einzelhandel 2014 komplett untersagt hat, wird ersichtlich, dass durch ein Plastiktütenverbot 31.000 Tonnen CO2 eingespart werden konnten. Dagegen hat aber die Produktion von Papiertüten höhere 78.000 Tonnen CO2 zusätzlich verursacht. Die Belastung der Natur steht hier folglich konträr den Schäden durch zusätzliche Treibhausgase gegenüber und kann nur schwerlich abgewogen werden.
Wahrscheinlich bleibt uns daher nichts anderes übrig, als konsequent auf den guten alten Jutebeutel umzusteigen.
Insektensterben
Ein weiteres brennendes und auch in den Medien immer wiederkehrendes Thema ist das Insektensterben. Wie eine Studie 2017 am Beispiel von Nordwestdeutschland zeigt, hat sich allein in den letzten 27 Jahren die Biomasse an Fluginsekten um 75% verringert. Auch viele auf der roten Liste stehende Insektenarten sind bereits ausgestorben oder stehen kurz davor. In ihrer Rolle als Nahrungsquelle, Bestäuber, Regulatoren und Verwerter sind jedoch gerade Insekten für das Gleichgewicht der Ökosysteme unentbehrlich. Unabhängig von den Hauptfaktoren wie z.B. einer von Intensivnutzung und von Monokulturen geprägten Landwirtschaft und der übermäßigen Anwendung von Pestiziden, sollten wir auch auf kommunaler und privater Ebene konsequent überlegen wie wir die Artenvielfalt unserer einheimischen Insekten bewahren können. Auch hier könnten wir stadtplanerisch vorgehen und überlegen wer mit uns in dieser Stadt lebt und welche Bedürfnisse unsere Mitwesen haben. Der ein oder andere Insektennistplatz (siehe Lesetipps) und mehr natürlich belassene Flächen wie eine Wildblumenwiese würden auch in Schwerin hilfreiche Veränderungen bewirken. Genauso können wir aber auch vielen Insektenarten in unseren privaten Gärten und auf unseren Balkonen einen zusätzlichen Lebensraum bieten. Und warum dabei nicht ein paar permakulturelle Tricks ausprobieren?
Letztendlich gibt es wohl für jeden von uns noch unwahrscheinlich viel zu lernen. Doch was haben wir in Vergleich zu der alternativen Untätigkeit mehr zu verlieren, als lediglich mit Spannung und Experimentierfreude ein paar Ideen umsetzen und was könnte es uns mehr kosten, als neue Bereiche und die Vielfältigkeit des Lebens zu entdecken.

Lesetipps:
https://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/insekten-und-spinnen/hautfluegler/bienen/13704.html
https://www.naturgartenfreude.de/wildbienen/nisthilfen/
Eduard/ Gerda Kleber: Gärtnern im Biotop mit Mensch, Das praktische Permakultur-und Biogarten-Handbuch für zukunftsfähiges Leben, Organischer Landbau Verlag, 2010.

DIE LINKE.
Ökologische Plattform

Familientag in Berlin

Der 22.08. führte uns in Familie nach Berlin. Unser Ziel war das ländliche Spandau. Wir wollten zur dortigen „Zitadelle“. Doch nicht die Schönheit der Architektur und Natur zu genießen war unser Sinn. Nein, die vorpommerschen Volksrocker von „Feine Sahne Fischfilet“ (FSFF) konnten ihr langgeplantes Konzert nachholen.
Wir waren früh da. Und mit uns viele nette Menschen. Wie immer bei „Feine Sahne Fischfilet“ ging es schnell um Politik. Auf der Bühne informierten Berliner Antifaschten über ihre Arbeit und tauschten ihre Erfahrungen im Kampf gegen die Partei Voldemorts aus. Wie mit ihr umgehen? Wie lange



können linke Initiativen dem Druck gewählter Volksvertreter mit bestenfalls „rechtskonservativen“ Motivationen standhalten? Können wir den Raum für eine kapitalismuskritische Öffentlichkeit erhalten? Nach dem der Sänger Jan Gorkow zur Frage: „Warum spielt seine Band an einem Ort wie der Zitadelle?“ Stellung bezog, war alles gesagt.
Es ging los. Vorbands spielten auf. Wenn als erstes die „Krauts“ auftreten, dann eine Schlagzeugerin mit Ihrer Combo besten Punkrock pflegt und auch noch Hip-Hop Klänge ertönen, kann Stunden voller Romantik nichts im Wege stehen. Es war Freitagabend. Staatsschützer durchstreiften das Revier. Nach dem die auffällig Unauffälligen Qualitätskontrollen bei diversen Infoständen vollzogen, konnte sich das Management von FSFF mit ihnen auf deren sofortigen Feierabend einigen.
Aber es waren nicht die einzigen Staatsdiener, welche in diesen Stunden ihre Lieben allein lassen mussten. Die uniformierte Berliner Polizei war zahlreich vertreten. Pünktlich zum Konzertbeginn konnten die Kameraden einen schnieken Gefangenentransporter präsentieren. Letztendlich ist dann ja alles gut gegangen.
Die Männer von Feine Sahne spielten auf. Sangen ihre Lieder. Sie wurden bei einem Song vom Schulchor ihres ehemaligen Gymnasiums unterstützt. Tolle Stimmung. Bunte Pyrotechnik. Teures Bier. Da brachte die Band schon einmal ein paar Kästen Gerstensaft höchstselbst unters Publikum. Viele Hits wurden vom Sänger mit kurzen Geschichten angekündigt. Wer ganz zufällig bei diesem Konzert weilte, wusste nach dem ersten Lied: Hier sind die Linken. Zwei Tage vor dem Auftritt in der Hauptstadt spielte FSFF am Elbufer in Dresden. Da gab es natürlich viel zu berichten. Von tollen Menschen. Und Anderen. Im Frühjahr 2019 waren in Sachsen Kommunalwahlen. Auch dort schnitten Linke nicht so gut ab. Wir in Schwerin werden uns erinnern. In vielen sächsischen Städten führten die letzten Kommunalwahlen zu effizienten schwarz-blauen Koalitionen. In der Kultur- und Jugendpolitik vor Ort ist dies sehr wirkungsvoll. Wer Hindenburg wählt(e), wählt(e) Hitler.
Zum Ende des Konzertes kamen die Musiker so richtig in Stimmung und heizten ihrem Publikum ein. Im Vergleich zu vorigen Konzerterlebnissen war die Stimmung aber etwas gedämpft. So richtig durchdrehen und ausrasten wollte keiner. Vielleicht ahnten viele Zuschauer, dass die Zukunft in diesem schönen Lande Erlebnisse bereithält, die man lieber schon hinter sich hätte.
P.S. Wenn es um aktive Solidarität und tätigen Antifaschismus geht ist der Sänger Jan Gorkow zwischen Seenotrettern auf griechischen Inseln, Demos in Schwerin, Riesa und Demmin nimmermüde aktiv. Im Jahre 2015 reiste er vom Deichbrandfestival direkt in ein linkes Jugendcamp im türkischen Suruc. Kurz vor seinem Eintreffen riss eine Bombe 30 Menschen in den Tod.
Die Band „Feine Sahne Fischfilet“. In Jarmen groß geworden. In diesen Tagen linker Botschafter Mecklenburg-Vorpommerns.

Matthias Filter

Lest „Luxemburg Gesellschaftsanalyse und linke Praxis“!

Ich abonniere die theoretische Zeitschrift der Rosa Luxemburg Stiftung seit den 1990iger Jahren mit Gewinn.
Im jetzt erschienen Heft 2 – 2019 sind zu lesen:
Enteignung als Gesellschaftsmodell, sozialen Wohnungsbau anders machen, Kleingärten und Klassenkampf, Wie leben in Rechten Räumen?
Mieter*innen gegen Immobilienkonzerne, Science Fiction und krasse Realität und Wendezeit – wer schreibt Geschichte?
Seit 2014 erscheint die „Luxemburg“ kostenfrei.
Bestellung: www.zeitschrift-luxemburg.de.

Willi Lauterbach

Erfolgreicher CSD in Schwerin - Eine ['solid]e Sache

CSD in Schwerin, wie jedes Jahr. Wie jedes Jahr? Ein bisschen anders war es doch. Die jungen Leute organisierten komplett den Wagenaufbau der LINKEN bei der Demonstration und ihren Infostand, lernten so die Organisatoren des CSD in der Landeshauptstadt kennen und hatten eine eigene Vertretung auf der Bühne.



Gute Stimmung im Team, der Demo-LKW der LINKEN hatte richtig Schwung und wackelte ordentlich im Rhythmus der Musik. Es waren viele Menschen auf unserem Wagen. Vielleicht lag es ja auch einfach an der Idee, einen Schminkstand anzubieten und viele Regenbogenfahnen erschienen auf Wangen oder Oberarmen. Dazu kam dann vor Ort die Idee, einfach alle die beim Schminken an unserem Stand vorbeischauten auf unseren Wagen einzuladen, um dort für die richtige CSD-Stimmung zu sorgen. Als Ordner auf dem Wagen musste ich dann doch viele enttäuschen. Anscheinend hatten unsere jungen Frauen und Männer so viele Leute geschminkt, die passten nicht auf einen LKW. Da haben wir sie kurzer Hand zum LKW der SPD geschickt, der war dann auch voll.





Persönlich schätze ich den Schweriner CSD, weil sich die Organisatoren sehr politisch mit dem Thema beschäftigen. Das Motto dieses Jahres „Kein zurück!“ ist sehr wohl Reaktion auf das Erstarken der AfD und den Rechtsruck in der Gesellschaft. Ein zurück hinter die erstrittenen Rechte von Schwulen, Lesben, Trans- und Intersexuellen (kurz queeren Menschen) wollen die Organisatoren nicht. Und wenn auch gerade Wahlen waren, verzichteten die Organisatoren in Schwerin (anders als zum Beispiel in Rostock) nicht auf die Politikrunde beim Straßenfest. Vanessa war für ['solid] auf der Bühne. Wir hatten uns in der Woche davor getroffen alle Fragen durchgesprochen. Ich war gespannt, wie Vanessa sich schlagen würde. Sie war einfach gut. Dann wich der Moderator von seinem Zettel ab, stellte eine Frage außer der Reihe. Sofort grübelte ich, legte mir meine Antwort im Kopf zurecht. Vanessa war mit ihrer Antwort dran, sagte nicht was ich gesagt hätte und traf voll ins Schwarze. Ich habe mich wahnsinnig gefreut. Das war tatsächlich eine solide Arbeit.



Peter Brill



Linksjugend [’solid] ist, was du draus machst!

Komm zu unserer Landesmitgliederversammlung am 14.-15. September 2019 im Peter- Weiss Haus.
Los geht’s um 11:30 Uhr im Peter-Weiss-Haus. Bitte meldet euch im untenstehenden Formular zügig an.
Vorläufige Tagesordnung

- Begrüßung und Konstituierung, Wahl der Gremien, Grußwort Landesvorsitzende DIE LINKE. M-V
- Berichte
- Satzungsändernde Anträge
- inhaltliche Anträge
- Wahlen
- Finanzen
- Sonstiges

Bitte meldet euch im Formular zügig an.

Mehr Infos, Tagesordnung und Formular: https://www.solid-mv.de/landesmitgliederversammlung-2019/

Ohne Abos keine Gegenöffentlichkeit

In letzter Zeit haben alle Mitglieder der Partei `DIE LINKE` ein dickes Paket in ihrem Briefkasten gefunden. Darin die Mitgliederzeitschrift ´Disput` und ein Exemplar von nd.DieWoche. In einem gemeinsamen Brief bitten Parteivorstand und `nd`, mit Abos die Zukunft beider Publikationen zu unterstützen. Wir befragten dazu Chefredakteur Wolfgang Hübner und Geschäftsführer Matthias Schindler von `nd`.

Frage: Was hat Euch zu dieser gemeinsamen Aktion veranlasst?

Matthias: Die Geschichte von `nd` ist eng mit der Partei `DIE LINKE.` verbunden. In den letzten Jahren hat sich deren Mitgliederstruktur spürbar verändert. Die Linkspartei



ist jünger und bunter geworden. Sie verteilt sich über die gesamte Bundesrepublik. Diese Mitglieder suchen nach Informationen, Analysen und Bewertungen gesellschaftlicher Entwicklungen. Wir waren der Meinung, dass es vor diesem Hintergrund sinnvoll ist, `nd` als Teil der linken Gegenöffentlichkeit noch einmal vorzustellen.

Frage: Nun haben sich Dynamik und Möglichkeiten der Informationsbeschaffung deutlich verändert. Die gedruckte Zeitung, für die immer höhere Preise bezahlt werden müssen, ist in der Krise. Da packt ihr 32 Seiten gedruckte Worte und Bilder in einen Briefumschlag und hofft auf Resonanz?

Wolfgang: nd.DieWoche haben wir im Oktober 2018 als Reaktion auf das veränderte Leseverhalten herausgebracht. Das Wochenende bietet mehr Zeit für ausführliche Lektüre. Die Resonanz darauf war positiv. Diese Entwicklung hält bis heute an. Deshalb haben wir die Wochenendausgabe ausgewählt. Außerdem ist nd.DieWoche exemplarisch für die Themenvielfalt und den Journalismus von `nd` sowie seine Präsentation.

Frage: Trotzdem habt ihr gleich eine Hürde eingebaut. Wer mehr lesen will, muss sich anmelden und auch bezahlen. Warum habt ihr das Ganze nicht kostenfrei gemacht?

Matthias: Ganz einfach, Produktion und Zustellung einer Zeitung – ob gedruckt oder digital - kosten Geld. Da `nd` sich ausschließlich aus Verkaufserlösen finanziert, hängt seine Existenz eben davon ab, dass es nicht nur gelesen, sondern auch bezahlt wird. Darauf wollen wir von Anfang an aufmerksam machen. Wir haben jedoch für die Mitglieder ein spezielles Angebot entwickelt. 10 Wochen lang erhalten sie nd.DieWoche am Wochenende gedruckt und täglich die 5 wichtigsten Artikel als nd.kompakt digital. So können sie die Vielfalt von `nd` entdecken und am Ende entscheiden, ob und wie es weitergeht.

Frage: Bedeutet das dann eine Entscheidung für täglich Gedrucktes im Briefkasten?

Matthias: Das wäre eine Variante. Die Mehrzahl unserer langjährigen Leser_innen liest die Zeitung auch noch so. Aber wir reagieren auf veränderte Lesegewohnheiten und die finanziellen Möglichkeiten. Wir wissen auch, dass die gedruckte Zeitung nicht überall früh zugestellt werden kann. Deshalb bauen wir digitale Angebote aus.

Frage: Also eine größere Vielfalt der Bezugsmöglichkeiten?

Wolfgang: Neben nd.DieWoche sonnabends veröffentlichen wir „neues deutschland“ nach wie vor an den Wochentagen. Komplett wird das Paket mit der Wirtschaftszeitung „OXI“ jeden vierten Sonnabend und mit dem digitalen sogenannten Leftstyle-Magazin „supernova“.

Frage: `nd` versteht sich als unabhängige Tageszeitung. Wie ist das Verhältnis zur Partei `DIE LINKE´?

Wolfgang: Ja, wir sind eine unabhängige Redaktion, stehen aber als linkes Blatt der Linkspartei politisch nahe. Das heißt Berichterstattung, Aufgreifen von Themen und Debatten sowie kritische Begleitung. Das ist nicht immer einfach, wenn man sich die Vielfalt der unterschiedlichen Positionen innerhalb der gesellschaftlichen Linken ansieht. Und es ist auch so, dass wir als Zeitung bemüht sind, eine möglichst große Bandbreite aktueller gesellschaftlicher und internationaler Entwicklungen abzubilden, zu informieren, zu analysieren und diese einzuordnen. In diesem Sinn leistet `nd` seit 1990 einen wichtigen aufklärerischen Beitrag zu einer linken, sozialen, solidarischen Gegenöffentlichkeit.



Matthias: Damit das so bleiben kann, haben wir uns an die Mitglieder der `DIE LINKE´ mit unserem Angebot zum Abonnement gewandt und hoffen, dass es angenommen wird. In diesem Sinn freuen wir uns über Rückmeldungen, ob als Probeabo oder in anderer Form.

Internet und Social Media:
www.neues-deutschland.de/
www.nd-diewoche.de
facebook.com/neuesdeutschland/
facebook.com/nd.Soliaktion/
twitter.com/ndaktuell
twitter.com/ndratgeber

Abos:
dasnd.de/ZehnfuerZehn
dasnd.de/ndWocheProbe
dasnd.de/abo

21.09.2019		Schloss Schwerin Bildungstag der Nordländer u.A. mit Bernd Riexinger
22.09.2019	16:30 Uhr	Bürgerbüro Sitzung der linksjugend ['solid] Schwerin
23.09.2019	18:00 Uhr	Helios Fraktion vor Ort
25.09.2019	16:00 Uhr	Büro des Ortsbeirates Sitzung OV-Weststadt
25.09.2019		Schwerin Bernd Riexinger kommt nach Schwerin - Termine & Buchlesung
28.09.2019	10:00 Uhr	Ritterstuben GMV - Wahl der Delegierten zum LPT, Wahl der Mitglieder des Landesausschusses, Gast: Utz Mörbe, LV BaWü
30.09.2019	18:00 Uhr	VHS/Stadtgeschichtsmuseum Fraktion vor Ort
01.10.2019	17.00 Uhr	KGS KV-Sitzung (ggf. Beratungen Anträge zum LPT)
05.10.2019		Hamburg Save the Date: Treffen der norddeutschen LAGen Ökologische Plattform in Hamburg
06.10.2019	16:30 Uhr	Bürgerbüro Sitzung der linksjugend ['solid] Schwerin
07.10.2019	18:00 Uhr	Haus der Begegnung Fraktion vor Ort
08.10.2019	17.00 Uhr	Quartier Friedrichs Sitzung OV-Süd
08.10.2019	17:00 Uhr	LGST Sitzung OV-Mitte
14.10.2019	18:00 Uhr	Stadthaus Sitzung der Stadtfraktion
17.10.2019	17:00 Uhr	KGS Sitzung AG Ökologische Plattform
20.10.2019	16:30 Uhr	Bürgerbüro Sitzung der linksjugend ['solid] Schwerin
21.10.2019	18:00 Uhr	Stadthaus Sitzung der Stadtfraktion
28.10.2019	17.00 Uhr	Rathaus Sitzung der Stadtvertretung
29.10.2019	16:00 Uhr	Weststadt OV-Sitzung Weststadt
30.10.2019	16:00 Uhr	Büro des Ortsbeirates Sitzung OV-Weststadt
01.11.2019		KGS Erscheinen Offenes Blatt

Am 17. Juni ist unsere Genossin

Diethild Bending

im Alter von 91 Jahren verstorben.

Wir haben mit Diethild eine geachtete, aufrichtige und immer zuverlässige Freundin verloren, eine Persönlichkeit, die in unserer Gemeinschaft einen allseitig anerkannten Platz einnahm. Wir werden uns die Erinnerung an Diethild stets bewahren.

Ortsverband Süd
DIE LINKE. Schwerin

… und weiter geht's!

Teilt eure Gedanken dazu mit uns, wir freuen uns auf eure Leserbriefe! Das Offene Blatt erscheint am 1. November. Schreibt uns eure Gedanken, Fragen und Meinungen an:

info@die-linke-schwerin.de

Weil heute dein Geburtstag ist...

Allen Genossinnen und Genossen, die in diesen Tagen Geburtstag feiern, gratulieren wir von ganzem Herzen. In dieser Ausgabe mit einem kleinen Gruß von Johann Wolfgang von Goethe*:*

**Das Gleiche lässt uns in Ruhe,
Aber der Widerspruch ist es,
der uns produktiv macht.**

Genn. Erika Borchmann
Gen. Rolf Claus
Gen. Wolfgang Drange
Genn. Maria Haack
Gen. Jürgen Hamann
Gen. Alfred Heinze
Genn. Sandra Neumann
Genn. Petra Porath
Genn. Traute Rust,
Genn. Edith Schmedemann
Genn. Eva Selke
Genn. Angelika Nagel Trump
Genn. Renate Völkner



https://www.die-linke.de/themen/klima-energie/klimagerechtigkeit/

Am 13. August ist unsere Genossin

Edith Brückner

im Alter von 90 Jahren verstorben.

Wir haben mit Edith eine geachtete, aufrichtige und immer zuverlässige Freundin verloren, eine Persönlichkeit, die in unserer Gemeinschaft einen allseitig anerkannten Platz einnahm. Wir werden uns die Erinnerung an Edith stets bewahren.

Ortsverband Süd
DIE LINKE. Schwerin